

PRESSEMITTEILUNG

01 / 2017

Limburg | 5. Februar 2017

CDU fordert: Endlich mehr Lärmschutz

Still ruht der See in Sachen „Lärmaktionsplan“. Der CDU-Fraktion im Stadtparlament ein wenig zu still.

Während der Maßnahmenkatalog, der Limburg leiser machen soll, friedlich in den Schubladen der zuständigen Behörden schlummert, können nach Ansicht der Christdemokraten zu viele Limburger nachts nicht schlafen, insbesondere die Anlieger der großen Ein- und Ausfallstraßen.

„Der Magistrat muss seine Untätigkeit endlich beenden und konkrete Schritte gegen den stetig zunehmenden Straßenlärm in Angriff nehmen. Bereits 2015 hat die Stadtverordnetenversammlung der Verwaltung eine To-Do-Liste vorgelegt – natürlich mit der Erwartung schneller Abarbeitung. Geschehen ist danach offenbar gar nichts“, so der Stadtverordnete Richard Eisenbach.

Deshalb habe man ein Jahr später um Auskunft darüber gebeten, wie es mit dem „Lärmaktionsplan“ weitergehe. Die Antwort des Magistrates ist für die Christdemokraten unbefriedigend ausgefallen: Die Umsetzung der geforderten Maßnahmen durch das Regierungspräsidium war mehr als dürftig, und andere umsetzbare Maßnahmen in der Verantwortlichkeit des Magistrates – wie etwa die Förderung „passiver Schallschutzmaßnahmen“ in Form so genannter „Schallschutzfenster“ – seien haushaltsrechtlich nicht möglich, so die knappe Antwort des Bürgermeisters. Auf die Nachfrage, welche überörtlichen Fördermöglichkeiten es in dieser Hinsicht gebe, kam bisher trotz Zusage des Bürgermeisters keine Antwort aus dem Rathaus.

Am letztgenannten Punkt, der Finanzierung von Schallschutzmaßnahmen, tut sich nun eine Lösung auf: Wie der Hessische Städtetag der Stadtverwaltung schon vor acht Wochen mitgeteilt habe, befinde sich ein Bundesgesetz im Gesetzgebungsverfahren, das eine 75-prozentige Förderung kommunaler Schallschutzmaßnahmen möglich mache. Vor diesem Hintergrund bittet die CDU den Magistrat mit einem Antrag für die kommende Stadtverordnetensitzung, bei den zuständigen Behörden die beschlossenen Umsetzungsvorschläge des Lärmaktionsplanes für Limburg nachdrücklich einzufordern sowie zeitnah Fördermittel für eigene, städtische Maßnahmen zum Schutz der lärmgeplagten Bürger zu beantragen.

Damit dieses Mal nicht wieder eineinhalb Jahre vergingen, ohne dass etwas geschehe, solle der Magistrat zudem bereits in der nächsten Sitzungsrunde der Gremien über den aktuellen Stand informieren.